

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.02.2020
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Fortführung Extavium
Vorlage: 20/SVV/0021
Fraktion DIE LINKE
HA zur Erledigung
 - 3.2 Städtebaulicher Vertrag Universität Potsdam, Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten, Stadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1300
Fraktion DIE LINKE
HA zur Erledigung
 - 3.3 Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds
der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1166
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
 - 3.4 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020
Vorlage: 20/SVV/0011
Fraktion DIE aNDERE
 - 3.5 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer
Innenstadt
Vorlage: 20/SVV/0090
Fraktion der Freien Demokraten
 - 3.6 Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im
Babelsberger Park
Vorlage: 20/SVV/0080
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Erster Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Kramnitz
Vorlage: 20/SVV/0122
Oberbürgermeister, Planungsbüro

- 5.2 10. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 20/SVV/0158
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2020

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung bittet er folgende Punkte **zurückzustellen:**

- 3.1, Fortführung Extavium, **20/SVV/0021**, (im nicht öffentlichen Teil werde über das Ergebnis der Wirtschaftsprüfung informiert)
- 3.3, Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam, **19/SVV/1166**, da er, wie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses verabredet, beabsichtige, eine überarbeitete Fassung dieser DS sowie einen Beschlussvorschlag zum inhaltlichen und gestalterischen Konzept, vorzulegen,
- 3.4, Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020, **20/SVV/0011**,
- 3.5, Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt, **20/SVV/0090**

Erweitert werden soll die Tagesordnung um

- eine Information zur Reise des Oberbürgermeisters nach Griechenland,
- den Sachstand zur Neubesetzung der Stelle des/der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen sowie den Sachstand zur Neuausschreibung bzw. weiteren Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten

Diese Informationen, so der Oberbürgermeister, sollen gleich nach Eintritt in die Tagesordnung aufgerufen werden, da Frau Trauth einen weiteren Termin wahrnehmen müsse.

Der von der Fraktion DIE aNDERE erbetene Sachstand zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen sowie der von der Fraktion CDU erbetene Sachstand bezüglich der DS 19/SVV/0597 „Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket“ sollen unter dem Punkt „Sonstiges“ aufgerufen werden. Dazu beantragt die Fraktion CDU ein **Rederecht** für Vertreter/innen vom Kreisschülerrat Potsdam, Katharina Swinka (Sprecherin) bzw. Finn-Niklas Ganz (stellvertretender Sprecher).

Die so geänderte Tagesordnung, einschließlich des genannten Rederechts wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 14. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 12.02.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

neu Der Oberbürgermeister informiert über seine **Reise** vom 27.02. – 29.02.2020 nach **Griechenland**, die er entsprechend des Auftrags der Stadtverordnetenversammlung, die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ zu unterstützen, antrete. Er habe sich auf Anfrage des Rates der Evangelischen Kirche (EKD) der Reise angeschlossen und werde sich auch über die aktuelle Situation auf der Insel Lesbos informieren. Im Weiteren seien Gespräche mit „Ärzte ohne Grenzen“ und anderen Institutionen geplant.

Zur **Neubesetzung der Stelle des/der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen** führt Frau Trauth, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, aus, dass sie wie angekündigt, die Neubewertung der Stelle veranlasst habe. Die Prüfung seitens der Verwaltung befinde sich im Abschluss und zukünftig werde ein Master-Abschlusses vorausgesetzt. In der nächsten Woche werde die Stelle ausgeschrieben. Auf die Nachfrage von Frau Laabs zu den Beurteilungskriterien, zum Verfahren und zur Transparenz gegenüber den Stadtverordneten führt sie im Weiteren aus, dass derzeit der Zeitplan vom Bereich Personal erarbeitet werde. Allen Fraktionen werde die Teilnahme am Verfahren ermöglicht, ebenso der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat. Das Verfahren werde sich über 2 – 3 Tage erstrecken, so dass die Fraktionen gebeten werden, immer die gleichen Stadtverordneten zu entsenden, die als Beobachter fungieren. Die Bewertung ergebe sich aus den Kriterien der Ausschreibung.

Auf Nachfrage von Herrn Pfrogner, bestätigt der Oberbürgermeister, dass der Ausschreibungstext wie bei allen anderen Fachbereichsleitenden auch im Hauptausschuss vorgestellt werde. Herr Pfrogner betont, dass Anregungen zum Ausschreibungstext seitens der Stadtverordneten möglich sein sollten, die dann auch ihren Niederschlag finden.

Frau Hüneke führt aus, dass sie über die höhere Dotierung der Stelle erfreut sei und davon ausgehe, dass es sich hier um ein ganz reguläres Verfahren handele.

Bezüglich der **Stelle der Gleichstellungsbeauftragten** werde er, so der Oberbürgermeister, zum 01.04.2020 einen Vorschlag einbringen, diese auch weiterhin mit Frau Trauth zu besetzen. Da er das Vorschlagsrecht habe, werde es keine Ausschreibung und Bewertung der Stelle geben. Da er willens sei auch weiterhin mit Frau Trauth zusammenzuarbeiten, wäre eine Ausschreibung ein falsches Signal, sowohl an potentielle Kandidaten als auch an Frau Trauth selbst.

Zur paritätischen Besetzung von Fachbereichsleitungen bestätigt Herr Schneider, Fachbereichsleiter Personal, dass der Inhalt der Mitteilungsvorlage 19/SVV/1211

Basis für die Ausschreibung von Stellen für Fachbereichsleitende ist und informiert über den aktuellen Stand der Besetzung der offenen Stellen.

Frau Laabs verweist darauf, dass der Inhalt der Mitteilungsvorlage in der Runde der Fraktionärinnen besprochen worden sei und diese noch weiteres Potential in den Texten der Stellenausschreibungen sehen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Fortführung Extavium**

Vorlage: 20/SVV/0021

Fraktion DIE LINKE

HA zur Erledigung

zurückgestellt; eine Information zum aktuellen Stand der Wirtschaftsprüfung wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gegeben.

zu 3.2 **Städtebaulicher Vertrag Universität Potsdam, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Stadt Potsdam**

Vorlage: 19/SVV/1300

Fraktion DIE LINKE

HA zur Erledigung

Da es keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt, wird der Antrag in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Universität Potsdam und der SPSG eine Anpassung des städtebaulichen Vertrages nach zu verhandeln mit dem Ziel des Erhaltes des größten Teils der Stadionsportfläche, die rückseitig des Uni-Campus Neues Palais neben der Lindenallee gelegen ist. Dabei ist eine Harmonisierung mit dem Plan der Uni-Neubauten anzustreben, so dass der genannte Sportplatz dauerhaft erhalten werden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung sind die Ergebnisse der Gespräche im März 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 4

zu 3.3 **Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 19/SVV/1166

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

zurückgestellt; in der letzten Sitzung des Hauptausschusses wurde verabredet, eine überarbeitete Fassung dieser DS sowie einen Beschlussvorschlag zum inhaltlichen und gestalterischen Konzept, vorzulegen.

zu 3.4 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020
Vorlage: 20/SVV/0011
Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt, da die Voten der Fachausschüsse fehlen.

**zu 3.5 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer
Innenstadt**
Vorlage: 20/SVV/0090
Fraktion der Freien Demokraten

Zurückgestellt, da die Voten der Fachausschüsse fehlen.

**zu 3.6 Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im
Babelsberger Park**
Vorlage: 20/SVV/0080
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Kümmel, Planungsbüro des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, geht an Hand einer Powerpointpräsentation auf die Kernfragen in der bisherigen Diskussion, warum die Neuordnung durchgeführt werde sowie welchen Nutzen die Stadt und die Bürger davon haben und wie die Funktionsfähigkeit des Strandbades trotz der Verkleinerung gesichert werde, ein.

Anlass dieser Neuordnung, so Herr Kümmel, sei die eigentumsrechtliche Sicherung und die denkmalrechtliche Vorklärung zur Errichtung eines neuen Funktionsgebäudes (Baurecht im Welterbe) mit einer deutlichen Funktionsverbesserung durch einen Neubau. Damit werde darüber hinaus ein langfristiger Konflikt zwischen Strandbad-/Sportnutzung und den garten-denkmalpflegerischen Ansprüchen im südlichen Babelsberger Park geklärt. Außerdem gebe es jetzt ein Gesamtkonzept mit parallelen Investitionen (Strandbad, Havelhaus, neuer Eingangsbereich und Wegebeziehungen).

Bezüglich der Funktionen und Nutzungen auf der nunmehr kleineren zur Verfügung stehenden Fläche sei entscheidend, dass alle Bereiche sich am neuen Standort wiederfinden werden; einiges, wie z.B. Technik, Fahrräder werden aus der Fläche herausgenommen und verlagert.

Ziele der Landeshauptstadt Potsdam seien

- die Sicherung des Betriebes des Strandbades durch eine Neuordnung der Grundstücksflächen
- die Qualifizierung des Strandbades durch ein neues Funktionsgebäude
- der Verbleib des Seesportclubs am Standort
- die vertragliche Anerkennung von Lage und Größe des neuen Funktionsgebäudes durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

In der sich anschließenden Diskussion beantwortet Herr Kümmel die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. So von Frau Laabs nach der Sicherung des bislang angebotenen Inklusionssports und dem Umgang mit der „massiven“ Kritik der Einwohnerinnen und Einwohner. Herr Kümmel verweist darauf, dass das Inklusionssportangebot von den Havelpiraten gesichert sei, da diese mit dem

Seesportclub kooperieren. Unter Verweis auf das große Interesse an der am vergangenen Freitag durchgeführten Informationsveranstaltung betont Herr Dr. Scharfenberg, dass die ablehnende Haltung aus seiner Sicht auf Unkenntnis beruhe. Die der Vorlage beigefügten Anlage seien wenig „erhellend“. Deshalb schläge er einen Vor-Ort-Termin vor, der zur Versachlichung beitrage; zum einen für die Entscheidungsfindung der Stadtverordneten und zum anderen könne auch die Bürgerinitiative „mitgenommen“ werden. Allerdings sei eine Beschlussfassung dann erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.04.2020 möglich.

Herr Kolesnyk betont, dass es einen klaren Auftrag der Stadtverordnetenversammlung gegeben habe; eine Umsetzung sei mit der jetzigen Lösung und dem neuen Gebäude möglich. Unterschiedliche Interessen würden in dem jetzt vorliegenden Kompromiss münden, darüberhinausgehende Interessen, insbesondere der Bürger, finden sich in folgendem Ergänzungsantrag der Fraktion SPD wieder:

Ergänzungsvorschlag:

Der Beschlussvorschlag ist um folgende Punkte zu erweitern:

3. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Möglichkeiten für weitere Badestellen und ein weiteres Strandbad in Potsdam sowie die dafür erforderlichen Aufwendungen zu prüfen und aufzuzeigen. Es ist zu prüfen, welche dieser Möglichkeiten zusammen mit den Veränderungen am Strandbad Babelsberg bis 30.04.2023 realisiert werden könnten.*
4. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, längere Öffnungszeiten für das Strandbad Babelsberg zu prüfen.*
5. *Zu § 4 der Verwaltungsvereinbarung stellt die Stadtverordnetenversammlung fest: Die Aufstellung und Umsetzung der Parkordnung liegt im Verantwortungsbereich der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten. Die Landeshauptstadt Potsdam ist nicht für die Durchsetzung darin ggf. festgelegter Verbote verantwortlich. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt Maßnahmen zur Sensibilisierung der Potsdamerinnen und Potsdamer, damit keine Verbote bisher erlaubter bzw. geduldeter Nutzungen erforderlich sind.*

Der Stadtverordnetenversammlung ist zu den Punkten 3. und 4. bis August 2020 zu berichten.

Auf den Hinweis von Herrn Pfrogner, dass sich der Punkt 3 mit anderen sich bereits im Geschäftsgang befindenden Anträgen doppelte, betont Herr Kolesnyk, dass es mit der vorgeschlagenen Ergänzung um die Verknüpfung der zeitlichen Komponente mit dem was sich aus der Bürgerversammlung ergeben habe, gehe.

Er, so Herr Friederich, freue sich ungemein, dass nach so vielen Jahren jetzt endlich ein Entwurf einer Vereinbarung vorliege, in dem die Interessen der Beteiligten unter einen Hut gebracht werden. Eine verständliche Kommunikation mit den Bürgern sei aber sicherlich auch weiterhin nötig.

Frau Hüneke verweist darauf, dass in der Bürgerversammlung Gespräche angeboten worden seien, was die Bürgerinitiative sicher auch nutzen werde. Sie spricht sich gegen eine Vertagung der Beschlussfassung aus; der Prozess sei kompliziert genug gewesen. Herr Wollenberg entgegnet, dass vor weiteren Gesprächen keine Tatsachen durch einen Beschluss geschaffen werden sollten. Im Weiteren plädiert er für eine Streichung der im § 4 enthaltenen „gemeinsamen

Anstrengung ..., das wilde Baden im Park und außerhalb des Strandbades zu unterbinden.“

Der Oberbürgermeister betont in seinen Ausführungen, dass eine Klarstellung der Eigentümerpflichten nötig sei. Auch wenn der Passus gestrichen werde, seien diese nicht weg. Für die Durchsetzung der bestehenden Parkordnung sei die Stiftung verantwortlich und habe die Stadt keinen Einfluss. Er sei gern bereit, nochmals Gespräche zur Modifizierung des Vereinbarungstextes zu führen. Er stimmt dem Vorschlag eines Vor-Ort-Termins zu; der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt werde mit der Stiftung eine geeignete Veranstaltung vorbereiten.

Er betont, dass das erzielte Verhandlungsergebnis wichtig sei, weil auf dem Gelände etwas „passieren“ müsse. Bezüglich der Schaffung weiterer Bademöglichkeiten verweist er auf den korrekten Umgang mit den Begrifflichkeiten „Badestelle“ und „Strandbad“. Die Definition sei in Bezug auf die aktuellen Urteile zur Amtshaftung von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern bedeutend. Deshalb sollte sensibler mit der Thematik umgegangen werden; „einfach mal so Stellen zum Baden freimachen“ funktioniere nämlich nicht.

Im Sinne der geführten Diskussion wird die DS **zurückgestellt** und nach dem Vor-Ort-Termin wieder aufgerufen.

zu 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

Die Stellungnahme zu den Themen wird wie folgt empfohlen:

- **Wohnungsbau in Potsdam**
- **Beachvolleyballanlage im Bornstedter Feld**
- **Konzept der autoarmen Stadt**
- **nächtliche Ruhestörung durch Feiernde**
- **Sportplatz Lerchensteig**
- **Kinderbauernhof in Groß Glienicke**

Der Oberbürgermeister gibt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die Fragen zum Wohnungsbau in Potsdam, zur Beachvolleyballanlage im Bornstedter Feld, zur nächtlichen Ruhestörung durch Feiernde, zum Sportplatz Lerchensteig und zum Kinderbauernhof in Groß Glienicke beantworten werde.

Auf die Frage zum Konzept „autoarme Stadt“ sollten sich die angesprochenen Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vorbereiten. Bezüglich der Thematik der Ampelschaltung in der Berliner Straße werde er Kontakt mit der Absenderin aufnehmen und die Hinweise beantworten.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Erster Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz
Vorlage: 20/SVV/0122

Oberbürgermeister, Planungsbüro

Herr Kümmel führt dazu aus, dass die Statusberichte nach Einsetzung der neuen Projektstruktur und auf Wunsch aus dem politischen Raum zugesagt wurden. Dabei soll sowohl die Politik als auch die interessierte Öffentlichkeit verstärkt informiert werden, um Transparenz über die Maßnahmen der Projektpartner (Landeshauptstadt, Entwicklungsträger und Stadtwerke) herzustellen und die Möglichkeit zur Diskussion über die Maßnahmen, über Restriktionen und Kosten zu geben. Er erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) den Aufbau der Statusberichte und die Kernaussagen des vorliegenden ersten Berichts.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, ergänzt die Ausführungen und weist darauf hin, dass zur besseren Einbindung der Stadtverordnetenversammlung eine Arbeitsgruppe „Stadtteilentwicklung von Krampnitz“ gebildet werden soll. In dieser werde neben den Vertretern der beteiligten Unternehmen jeweils ein Stadtverordneter pro Fraktion teilnehmen; die Arbeitsgruppe soll in der Regel vor dem Termin des Forums beraten.

Die Nachfrage von Herrn Teuteberg, ob auch sachkundige Einwohner in der Arbeitsgruppe vorgesehen sind, verneint Herr Kümmel. Das sei nicht der Anspruch und auch nicht zielführend. Der Oberbürgermeister verweist auf den klaren Rahmen der Kommunalverfassung, der auch hier einzuhalten sei.

Nach Beantwortung weiterer Rückfragen zur Stadtteilentwicklung wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 10. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 20/SVV/0158

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, erläutert den Bericht und beantwortet die Nachfragen von Herrn Wollenberg zum Umgang mit der Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung“ und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Schulplanung im Filmpark Babelsberg.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Zum Thema „Kostenloses Schüler- und Azubi-Ticket“, DS 19/SVV/0597 erhält Katharina Swinka, Sprecherin des Kreisschülerrates Potsdam das Rederecht. Sie fordert die Einführung des kostenlosen Schüler- und Azubi-Ticket so wie bereits in Berlin und Rostock geschehen und begründet dieses Anliegen u.a. mit der Sicherheit der Schüler. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist darauf, dass mehrere Anträge dieser oder ähnlicher Art in der Arbeitsgruppe Bürgerticket liegen und in der Januarsitzung besprochen worden seien. Mit einem guten Angebot, werde natürlich auch eine

entsprechende Nachfrage erzeugt, so dass die finanziellen Rahmenbedingungen zu beleuchten seien und eben das bedarf noch weiterer Beratungen. Der Oberbürgermeister empfiehlt, den Kreisschülerrat zu diesen Sitzungen mit einzuladen.

Er hoffe, so Herr Wollenberg, dass sich alle Fraktionen während der nächsten Haushaltsberatung auch an diese Vorhaben erinnern, denn eine Umsetzung bedarf städtischer Haushaltsmittel.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum weiteren Umgang mit dem B-Plan Griebnitzsee sagt der Oberbürgermeister eine Information in der Hauptausschusssitzung am 11. März 2020 zu.

Im Weiteren fragt Herr Pfrogner nach, wann die digitale Gremienarbeit wieder möglich sei und ob tatsächlich die Verwendung von USB-Sticks zukünftig nicht mehr möglich ist. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass eine „Härtung des Systems“ nötig sei und diese Auswirkungen auf die Nutzung haben werde, wie z.B. die Verwendung von USB-Sticks, was in vielen großen Unternehmen auch nicht möglich sei. Im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung sollte dieses Thema vertieft werden, aber zukünftig werden alle Nutzer im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Komfort leben müssen.